



Antrag

28.09. 2007

Erika Braungardt-Friedrichs
Roland Glaser
Andrea Le Lan
Gertrud Miller-Poth
Irmgard Rittberger-Rückert
Dr. Martin Rosemann
Hans Schreiber
Hannah Tiesler
Klaus te Wildt

Antrag der SPD-Fraktion:

Entwicklung südliches Stadtzentrum; Vorlage 263/2007

**Verfahren zur Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation im Planungsbereich
östliche Altstadt/südliches Stadtzentrum**

1. Nr. 3 des Beschlussantrags der Vorlage 263/2007 wird wie folgt geändert:

Das Bebauungsplanverfahren „Europaplatz/Zinserdreieck“ soll weitergeführt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorbereitungen für die Durchführung einer *Bürgerinformationsveranstaltung* zu treffen.

Zur Vorbereitung gibt es einen Workshop des Gemeinderates, in dem die Verwaltung informiert und in dem diskutiert wird,

- a) welches Plangebiet genau erfasst wird,
- b) welche Gespräche bereits geführt wurden,
- c) welche Planungen und Nutzungen verändert werden sollen,
- d) welche Investoren in Frage kommen (ggf. nichtöffentlich),
- e) Wie sich die Planung auf andere Bereiche der Stadt auswirkt.

Die Ergebnisse werden zur Grundlage einer Bürgerinformationsveranstaltung gemacht. Nach der Bürgerinformationsveranstaltung wird die Diskussion im Gemeinderat fortgesetzt

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, weder den Workshop noch die Informationsveranstaltung zeitgleich mit den regelmäßig sehr beanspruchenden Haushaltsberatungen anzuberaumen.

Seite 2 >



Begründung:

1. Die Planung am Europaplatz erfolgte in einem vorbildlichen Beteiligungsprozess. Leider liegt sie seitdem auf Eis. Die SPD-Fraktion bekennt sich zu den Grundzügen dieser Planung.

Um eine Belebung der Planung zu bewirken, ist nach Ansicht der Fraktion ein weiterer, breiter Beteiligungsprozess nötig. Auch der Gemeinderat muss sich mit der gebotenen Gründlichkeit und ohne übermäßigen Zeitdruck auf die Höhe der jetzt fälligen Diskussion bringen. Eine Bürgerversammlung kann erst danach stattfinden. Sie bestimmt sich im Übrigen nach den eher engen Regelungen der Gemeindeordnung und ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht das geeignete Instrument.

Die richtige Abfolge der Entscheidungsfindung verlangt, dass sich zunächst der Gemeinderat umfassend informiert und die Möglichkeit zur Diskussion hat. Was den Bürgerinnen und Bürgern zur Diskussion gestellt wird, muss im Wesentlichen vom Hauptorgan der Stadt, dem Gemeinderat, erörtert worden sein. Die Diskussionsergebnisse können dann in die Bürgerinformationsveranstaltung einfließen.

Um in dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit die Meinungsbildung in den Fraktionen zu ermöglichen, die sich ggfls. auch mit der jeweiligen politischen Basis der in der Kommunalpolitik aktiven Gruppierungen beraten müssen, muss zwischen Workshop und Informationsveranstaltung ein ausreichender zeitlicher Abstand (mindestens 2 Wochen) liegen.

Nach der Bürgerinformationsveranstaltung sollten die dort gewonnenen Ergebnisse wiederum in den Beratungen des Gemeinderates Berücksichtigung finden können.

2. Die Bedeutung der Planungen für die Stadt erfordert volle Aufmerksamkeit. Auch wenn eine zügige Bearbeitung wünschenswert ist, so sind doch Kollisionen mit den zeitintensiven Haushaltsberatungen, die ebenfalls große Aufmerksamkeit verlangen, zu vermeiden.

Die Verwaltung muss bedenken, dass die Mitglieder des Gemeinderats ihr Mandat im Nebenberuf ausüben und dass bei diesem wichtigen Thema eine angemessene sachliche und zeitliche Befassung garantiert werden muss.

Für die SPD-Fraktion

Hannah Tiesler